

# Ein zweiter Sitz soll her

Die SP nominiert diskussionslos Susanne Schaffner und Mathias Stricker für die Regierungswahlen.

Raphael Karpf

«Liebe Genossinnen und Genossen: Ich bin parat.» Nicht, dass Mathias Stricker die SP-Delegierten in Zuchwil davon hätte überzeugen müssen. Trotzdem erhielt er kurz Zeit, zu erzählen, wie er überhaupt dazu kam, für den Regierungsrat kandidieren zu wollen. «Einsatz und Engagement lohnen sich.» Das wolle er seinen Schülerinnen und Schülern vorleben. Es sei wichtig, Verantwortung für sich und seine Mitmenschen zu übernehmen, das habe ihn in die Politik und zur SP gebracht. «Das Amt ist der folgerichtige nächste Schritt auf meinem Lebensweg.»

Auch Susanne Schaffner erhielt kurz Zeit, über ihre Beweggründe zu sprechen. Sie sei noch immer jeden Tag motiviert, und auch wenn sie und ihr Team bereits einiges erreichen konnten, gebe es noch immer viel zu tun. Als Erfolge erwähnte sie etwa die Korpserhöhung bei der Kantonspolizei, die Bekämpfung der häuslichen Gewalt oder auch Integrationsbemühungen, etwa die Einführung der frühen Sprachförderung. Und was es noch zu tun gibt? Insbesondere die Solothurner Spitäler erwähnte Schaffner. «Die Spitäler sind nicht akut gefährdet, sie müssen aber mittelfristig auf eine gesunde finanzielle Basis kommen.» Und auch die Grundversorgung im Gesundheitswesen gelte es zu stärken, insbesondere müsse man für genügend Kinderärztinnen und Kinderärzte sorgen.

Es war Formsache. Schaffner und Stricker wurden gemeinsam

mit lautem Applaus und stehenden Ovationen nominiert. «Zusammen können wir Erfolg haben. Wir haben die besten Chancen seit vielen Jahren, einen zweiten Regierungssitz zu holen», stimmte Co-Präsident Hardy Jäggi die Anwesenden gleich auf den Wahlkampf ein.

Eben so klar wie die Nominierungen war die Sache bei drei der vier Abstimmungsvorlagen. Den Autobahnausbau lehnte die SP mit 68 zu 1 Stimmen ab, mit dem

Tenor: Mehr Strassen führen zu mehr Verkehr, was der Umwelt schadet. Auch die beiden Mietrechtsvorlagen waren chancenlos, die Nein-Parolen wurden ohne Gegenstimmen beschlossen. Es gebe keinen Grund, den Kündigungsschutz aufzuweichen, so die Argumentation.

**Umstrittene Vorlage über Gesundheitskosten**

Mehr zu reden gab die Vorlage über die einheitliche Finanzie-

rung des Gesundheitswesens. Die Geschäftsleitung empfahl Stimmfreigabe. Mitte-Ständerat Pirmin Bischof versuchte, die Anwesenden doch von einem Ja zu überzeugen. Ihm gegenüber stand Reto Wyss, Zentralsekretär des Gewerkschaftsbunds, der für ein Nein warb.

Bemerkenswert: Beide nannten dasselbe Hauptargument. Dass sie dennoch bei gegenteiligen Empfehlungen landeten, lag daran, dass sie sich

nicht einig wurden, welche Folgen eine Annahme der Vorlage denn langfristig überhaupt haben wird.

Bischof ist überzeugt: Eine einheitliche Finanzierung wird dazu führen, dass künftig ein grösserer Teil der Gesundheitskosten von den Kantonen bezahlt werden muss. «Es ist fairer, über progressive Steuern zu bezahlen als über die Kopfprämie der Krankenkassen», so Bischof. Wyss kam zum gegentei-

ligen Schluss. Insbesondere wegen des zunehmenden Bedarfs nach Altersheimplätzen würden künftig Krankenkassen einen grösseren Anteil der Gesundheitskosten übernehmen müssen. Und das sei grundfalsch. «Steuermittel sollten massiv erhöht werden, um die Folgen der unsozialen Kopfprämie zu mildern.»

**Haarscharfe Mehrheit stimmt für Ja-Parole**

Am Ende war es haarscharf. Mit 28 zu 27 Stimmen entschieden sich die Anwesenden für die Ja-Parole und nicht für Stimmfreigabe. Gut möglich, dass nicht nur Pirmin Bischof den Ausschlag gab. Sondern mehrere SP-Politikerinnen, die sich im Saal äusserten. Kantonsrätin Nadine Vögeli, Ständerätin Franziska Roth, Regierungsrätin Susanne Schaffner: Sie alle empfahlen ein deutliches Ja zur Vorlage.

Als sie erfuhr, dass die Gewerkschaften das Referendum gegen die Vorlage ergriffen hatten, sei sie so wütend geworden, dass sie fast ausgetreten wäre, sagte Vögeli. «Denn so wie es heute ist, kann es nicht weitergehen. Es muss jetzt etwas getan werden. Und die Vorlage ist ein Anstoss in die richtige Richtung.»

Und Gesundheitsdirektorin Schaffner sagte: Sie sei es leid, seit Jahren immer nur über die Kostenverteilung zu diskutieren. Mit einem Ja würden diese Diskussionen aus der Welt geschafft und man könne endlich die echten Probleme des Gesundheitswesens angehen und Lösungen suchen.



V.l. Co-Präsidentin Angela Petiti, Mathias Stricker, Susanne Schaffner und Co-Präsident Hardy Jäggi.

Bild: José R. Martinez

# Heime und Spitex gewinnen gegen Gemeinden

Der Regierungsrat hebt die Höchsttaxen an. Auf die Gemeinden kommen Mehrkosten von sieben Millionen zu.

Raphael Karpf

Es waren scharfe Worte, die die Verbände der Solothurner Altersheime und Spitex-Organisationen im Vorfeld gewählt hatten. Sie unterstellen den Gemeinden einen «despektierlichen und gering schätzenden» Umgang mit ihnen, die Gemeinden würden die Altersheime und die Spitex an die Wand fahren. Und die Institutionen drohten offen mit einer Klage.

Es geht ums liebe Geld. Konkret, welche Tarife Altersheime und Spitex-Organisationen für ihre Leistungen verrechnen dürfen (die sogenannten Höchsttaxen). Jährlich werden diese Tarife neu verhandelt und vom Regierungsrat festgelegt. Als Grundlage dienen jeweils die effektiven Kosten, die die Institutionen transparent ausweisen müssen. Bezahlt werden die Tarife von den Krankenkassen, den Patientinnen und Patienten sowie den Gemeinden.

Als Sparmassnahme setzte sich der Gemeindeverband heuer dafür ein, trotz ausgewiesenen Kostenwachstum die Ta-

rife nächstes Jahr nicht zu erhöhen. Es folgte der massive Widerstand der Betroffenen. Nun hat der Regierungsrat seinen Entscheid gefällt.

**Sieben Millionen Mehrkosten für Gemeinden**

Der Widerstand der Heime und Spitex hat sich gelohnt. Der Regierungsrat friert die Höchsttaxen nicht ein, sondern erhöht sie analog zum Kostenwachstum. Das heisst konkret: Die Höchsttaxen der Spitex werden um 0,6 Prozent erhöht, diejenigen der Altersheime bei der Pflege um 5,2 Prozent und bei der Hotellerie und Betreuung um 2,4 Prozent.

Da die Beiträge der Krankenkassen und Patientinnen und Patienten gedeckelt sind, gehen die Mehrkosten in der Pflege bei der Spitex wie auch den Heimen hauptsächlich zulasten der Gemeinden, rund sieben Millionen Franken sind es. Einzig die Mehrkosten bei der Hotellerie und Betreuung gehen zulasten der Patientinnen und Patienten respektive im Endeffekt häufig zulasten der Ergänzungsleistungen.

«Weitere Schritte werden folgen.»



Marco Petruzzi  
Präsident der Solothurner Alters- und Pflegeheime.

Zusätzliche Erhöhungen sind aber vom Tisch, schreibt der Regierungsrat. Konkret sind das ein Teuerungsausgleich sowie weitere Anpassungen zur besseren Kostendeckung, die Spitex und Altersheime im Vorfeld gefordert hatten.

**Regierung als «Kostentreiber»**

Es ist also gewissermassen ein Kompromiss, für den sich der Regierungsrat entschieden hat. Einer aber, der dennoch Mehrkosten von sieben Millionen für die Gemeinden mit sich bringt.

Entsprechend fällt die Reaktion des Einwohnergemeindeverbands aus. «Es ist beschämend, dass die Regierung gegen den Willen derjenigen, die bezahlen müssen, die Tarife erhöht», sagt Thomas Blum, Geschäftsführer des Verbands. Falsche Signale würden damit ausgesendet, sagt er und spricht den – ebenfalls diesen Mittwoch präsentierten – Massnahmenplan an. «Alle sollen einen Beitrag leisten, um zu sparen. Dabei ist die Regierung der neue Kostentreiber.»

Doch auch auf der anderen Seite, bei Spitex und Altersheimen, ist man nicht euphorisch. Sigrun Kuhn-Hopp, Präsidentin des Spitex-Verbands Kanton Solothurn, betont, dass auch mit den erhöhten Taxen die Hälfte der Spitex-Organisationen ein Defizit schreiben wird. Auch, weil kein Teuerungsausgleich gewährt wird. Dies ist aber nicht der einzige Grund: «Spitex-Organisationen sind heute nicht voll ausfinanziert», sagt Kuhn-Hopp. Immerhin: Mit der Nicht-einfrierung der Taxen habe der Worst Case abgewendet werden können.

Ähnlich äussert sich Marco Petruzzi, Präsident der Gemeinschaft Solothurnischer Alters- und Pflegeheime. Man sei teilweise zufrieden mit dem Entscheid. «Wir waren überzeugt, dass man die Spielregeln im laufenden Spiel nicht verändern oder aussetzen kann.» Nicht gelöst seien jedoch die Defizite der Heime der vergangenen Jahre, hier gebe es nach wie vor Handlungsbedarf. Petruzzi: «Weitere Schritte werden folgen.»

## Weitere Berichte zur soH

**Untersuchung** Die Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrats hat das weitere Vorgehen in der Angelegenheit der Solothurner Spitäler AG (soH) festgelegt. Sie gibt zwei Untersuchungen bei einer ausserkantonalen Anwaltskanzlei in Auftrag. Die erste soll die Vorkommnisse rund um den Abgang des ehemaligen CEO Martin Häusermann unter dem Aspekt der Recht- und Zweckmässigkeit beleuchten. Im Fokus steht die Einhaltung der Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften bei personellen Entscheidungen. Untersucht werden soll unter anderem, ob über den Einzelfall hinaus Anzeichen für systematische Rechtsverletzungen bestehen und die rechtlichen Vorgaben genügend sind. Im Interesse steht weiter die Wahrnehmung der Eignerinteressen und der Aufsichtstätigkeit durch den Regierungsrat. Die zweite Untersuchung soll über die Vorkommnisse bei der soH hinaus generell die Organisation, Führung und Aufsicht über die verselbständigten Verwaltungseinheiten wie Ausgleichskasse und Gebäudeversicherung beleuchten. (sz7)